Kommunistischer Nachrichtendienst

der KPD/ML und des KJVD

NR. 27 26. AUG. 1970

Die Angriffe der Monopolbourgeoisie abwehren!

SCHLIESSUNGEN UND ENTLASSUNGEN: ANGRIFFE DER MONOPOLE AUF DIE ARBEITERKLASSE

Die augenblickliche Konjunktur und die Konjunkturpolitik der SPD und der Bundesbank machen es einigen Klein- und Mittelbetrieben immer schwerer, ihre Profitspannen zu halten. Daß jedoch nicht die Kapitalisten das "Risiko" tragen, wenn die Betriebe Konkurs gehen, zeigen die Letzten Meldungen über neue Betriebsschliessungen und Entlassungen:

- Wie schon länger bekannt, wird zum Jahresende das VEBA-Stickstoffwerk in Oer-Erckenschwick dichtgemacht. 200 der 300 dort beschäftigten Kollegen haben bereits ihre Kündigung erhalten. WAZ 21.8.
- Die Bemberg AG Wuppertal, die zur Enka-Glanzstoff-Gruppe gehört, wird ihren Webereibetrieb in Augsburg schliessen. Für die Arbeiter im Betrieb soll "ein großzügiger Sozialplan" vorbereitet werden, der vor allem die älteren und langjährigen Belegschaftsmitglieder berücksichtigen soll. Der Betrieb ist nach Angaben der Leitung als Textilverarbeitungsbetrieb zu klein, um die Steigerung der festen Kosten aufzufangen. Auch die in Augsbrug betriebene Versuchsweberei und -färberei soll in Kürze von Augsburg weg nach Wuppertal verlegt werden. SZ 21.8.
- Die ILO-Werke in Pinneberg bei Hamburg werden von 1200 Arbeitern 300 entlassen. 1957 war ILO vom amerikanischen Rockwell-Konzern aufgekauft worden. Als Grund für die Entlassung gab die Leitung die Auswirkungen der REsession in den USA an. UZ 15.8.
- Die Baumaschinenfabrik Linnhof GmbH und CO hat ihren 330 Berliner Beschäftigten und 300 Beschäftigten in Northeim gekündigt. Den Berliner Kollegen wurde zynisch erklärt, sie kämen sogar noch gut dabei weg, ihnen würde der Lohn bis zum letzten Arbeitstag ausgezahlt. Die Arbeiter in Northeim bekamen nicht mal das.

Von der bevorstehenden Pleite hatte sich die Geschäftsleitung nichts anmerken lassen, sie tat so, als stünde alles zum besten. Daher kam für die Kollegen die Entlassung völlig überraschend.

Auch der Betriebsrat wurde erst 2 Tage vorher davon unterrichtet. Seine Verhandlungen mit einigen Banken mußten scheitern, weil die Firma zu sehr heruntergewirtschaftet war. Für die Beschäftigten war die SChliessung zu diesem Zeitupunkt ein besonders harter Schlag: Viele Arbeiter wollten 3 Tage später in Urlaub gehen; jetzt erhalten sie kein Urlaubsgeld, können also keinen Urlaub machen, sondern müssen sich neue Arbeit suchen. Andere Arbeiter wurden mit Telegrammmen aus dem Urlaub zurückbeordert, nur damit ihnen das Kündigungsschreiben übergeben konnte. Hinzu komm t noch, daß die Hälfte der Kolllegen über 50 Jahre alt ist, einige von ihnen arbeiten bereits seit 20 Jahren in diesem Betrieb; ihnen wird es kaum gelingen, eine ebenso bezahlte Stelle zu finden, wenn sie überhaupt eine bekommen! (Bericht aus Berlin)

- Die Landmaschinenfabrik Hagedorn hat 150 Arbeiter entlassen. Als GRund wird der stockende Absatz durch die konjunkturelle Abschwächung in der Landmaschinenindustrie angegeben. Dazu kam noch die Kreditpolitik der Bundesbank, die vor allem die Profite vieler kleiner und mittlerer Betriebe ernsthaft bedroht. Das Arbeitsamt in Münster teilte hierzu mit, daß im Kreis Warendorf bei der "Vermittlung älterer ARbeiter mit sozialen Härtefällen gerechnet werden"müßte. WR 22.8.

- Auch die Rasenmäherfabrik Abner in Solingen macht dicht. Sie hat am 3o.Juli den Vergleich angemeldet. Am 31.Juli, dem letzten Tag vor den Betriebsferien, schickten sie den 15o Arbeitern die Kündigung. Geld hatten die Herren Kapitalisten nicht mehr. Erst als die Banken einen Kredit einräumten, konnte ein TEil des Lohns ausgezahlt werden. Das Monatseinkommen für den Urlaub haben die Kollegen bisher noch nichtgesehen. Auch hier hatten die Herren Kapitalisten es nicht nötig, die Arbeiter zu informieren. Dem Betriebsrat wurde die Lage erst mitgeteilt, als der Vergleich schon angemeldet war. Metall 18.7.

Diese Konkurse und STillegungen zeigen, daß es für die Arbeiterklasse in der Krise in starkem Maße darum gehen wird, die Ar' beitsplätez durch Kampfbereitschaft und Wachsamkeit zu sichern. Dies muß vor allem beachtet werden, da der IGM-Vorstand für die kommenden Tarifverhandlungen die aktuelle Krisengefahr verschweigt, und den Arbeitern vorgaukelt, unter einer SPD-Regierung sei die Lage der Arbeiterklasse grundsätzlich gesichert.

KAPITALISTISCHE KONKURRENZ

Von Januar 69 bis Juli 70 haben in der BRD und West-Berlin 147 Betriebe der Bekleidungsindustrie mit 11 600 Beschäftigten den Kampf gegen die Konkurrenz auf gegeben. Es handelt sich um Stillegungen, Verkäufe und Fusionen. Die Krise 66/67 hat stark dazu beitgetragen, den Untergang vieler Klein- und Mittelunternehmen zu beschleunigen.

MASSIVE EINSCHÜCHTERUNGSVERSUCHE DES WIRTSCHAFTSMINISTERS DER SPD/FDP Koalition in NRW

Der neue NRW-Wirtschaftsminster Riemer, dessen FDP zusammen mit der SPD in NRW in der Regierung sitzt, hat vor "Überhöhten"Forderungen in der Metallindutrie gewarnt. Nach Ansicht von Riemer sind höchstens 8% gerechtfertigt. Um die Arbeiterklasse einzuschüchtern, weist der Minster auf amerikanische auf amerikansiche Verhältnisse hin, wo bei einer Arbeitlosenquote von 5% Preissteigerungen von 6% die Regel sind. Die Arbeiter würden solche Verhältnisse verschulden, wenn sie mit ihren Lohnerhöhungen Preissteigerungen verursachen würden. Zum erstenmal hat kurz vor den Tarifverhandlungen ein Minister einer SPD-FDP-Regierung so klar Stellung bezogen und die

Arbeiterklasse bedroht. Die Arbeiterklasse kann sich ausrechnen, daß diese Ankündigungen von Riemer Wirklichkeit werden, wenn sie ihre Forderung von 15% Loh- und Gehaltserhöhung durchsetzen.
Die Arbeiter der Metallindustrie wollen sich jedoch auch durch diese Drohungen nicht von ihren Forderungen abbringen lassen. Aus allen Städten des Ruhrgebiets kammen scharfe Proteste gegen Riemer. Auch die Betriebsräte mehrerer Bochumer Betribe (BV, Opel, Stahlwerke) haben den Minister scharf angegriffen.
Der IGM-Vorstand protestiert zwar gegen diese Äußerungen, macht aber weiter seine Illusionspolitik, indem er der Arbeiterklasse vorgaukelt, die Zeit für Lohnforderungen sei noch nie so gut gewesen, da die Kapitalisten heute nicht die Möglichkeit hätten, die erhöhten Löhne im Preis weiterzugeben. Hiermit sucht er die Arbeiterklasse systematisch von den Gefahren abzulenken, die auf die Arbeiterklasse zukommen: nämlich verschärfte Rationalisierung der Kapitalisten, um ihre "Ertragslage" wieder zu verbessern.

ROTE FAHNE VORÜBERGEHEND IN OBERHAUSEN BESCHLAGNAHMT

Am Samstag verkauften die Genossen des Oberhausener KJVD das Zentralorgan der KPD/ML, die ROTE FAHNE. Sie hatten schon 110 Zos verkauft, als ein VW-Bus der Polizei hielt und den anwesenden Genossen fragten, ob er einen Gewerbeschein zum Verkauf der Zeitungen habe. Als dieser das verneint, nahmen die Polizisten ihn mit zur Wache. Auch die restlichen ZOs und die beiden Werbeplakate, die der Genosse bei sich hatte, wurden mitgenommen und auf der Wache beschlagnahmt. Auf der Wache wurden die Personalien des Genossen aufgenommen. Ihm wurde gesagt, daß ein Anwohner Markstraße (nämlich ein Herr vom städtischen Katasteramt) bei der Polizei angerufen habe und sich darüber beschwert habe, daß der Genosse lautstarke Reden führe, die die freiheitliche Grundordnung der BRD gefährden würden. (Der Genosse hatte beim Verkauf des ZOs laut dafür geworben :"Die ROTE FAHNE, Zentralorgan der KPD/ML, 50 Pfennig, Konjunkturprogramm auf unsere Kosten, Kampf der verschärften Lohnraubpolitik, Kampf der verschärften Ausbeutung!)
Ein Kommissar, der herangeschleppt worden war, beschlagnahmte dann offiziell "vorläufig" die ZOs. Dem Genossen sagte er, daß die Verteilung und der Verkauf der ROTEN FAHNE verboten sei, da sie auch das Zentralorgan der KPD gewesen sei. Die wäre aber seit 1956 verboten. Auch habe er das ZO ohne Gewerbeschein verkauft.
Als der Genosse am Montag noch einmal nach den ZOs nachfragen wollte, wurde ihm mitgeteilt, die Anklage wegen des Verkaufs der ROTEN FAHNE sei erledigt. Er müsse sich nur noch einen Gewerbeschein besorgen.
(eig.Bericht)

DIE LAGE DER ARBEITERKLASSE SICHERN

IG-Chemie-Forderungen

Die IG-Chemie,Papier,Keramik fordert für die rund 21 000 Beschäftigten der Papierindustrie Baden-Würtemmbergs Lohnerhöhungen von 15-19 %, eine Gehaltserhöhung von 13 % (mindestens 100 DM) und ein 13. Monatsgehalt für Arbeiter und Angestellte.
Die Ig Chemie, Papier, Keramik hat auerßdem die Manteltarifverträge für die rund 600 000 Beschäftigten der chemischen Industrie zum Jahresende 70 gekündigt. Statt der bisherigen Manteltarifverträge für Arbeiter und Angestellte fordert die IG Chemie für beide Gruppen einen gemeinsamen Tarifvertrag. FR 24.8.

Neue Preissteigerungen

Neue Preiserhöhungen wurden jetzt bekanntgegeben;überall werden sie sich als neue Angriffe auf die

Arbeiterklasse auswirken, teils direkt, teils , da die betroffenen Kapitalisten schon sofort ankündigten, daß sie ihre Kostensteigerungen über Preiserhöhungen weitergeben würden, z.B. die Abnehmer der Elektrizitätswerke (HB 19.8.).

Strompreise

Die preußische Elektrizitäts-AG (Preußenelektra)von der 3o% des Bundesgebiets abhängig sind, will die Preise für"industrielle Sonderabnehmer " Anfang 1971 um 4% erhöhen(nachdem sie in den vergangenen Jahren um 4,5% ermäßigt hatte), andere Werke, wie die Pfalzwerke AG, hatten die Preise schon zum 1.Mai erhöht. Auch VEW will jetzt die Strompreise erhöhen, um die Erhöhung der Steinkohlepreise weiterzugeben: 2,5% für die Haushalte,4,1% für die Industrie.

Ölpreise

Auch die Mineralölgesellschaften steigern die Preise ständig - so für schweres Heizöl, wie es in verschiedenen Industrieen und in Olkraftwerken verbraucht wird, innerhalb dieses Jahres um 25-30 DM pro t, das sind 35-45%. Dabei wenden die Monopolisten unterschiedliche Preise an,"um nicht in den Verdacht einer Preisabsprache zu geraten"(SZ), in Wirklichkeit sind sie freilich keineswegs erbitterte Konkurrenten, sondern friedlich vereint bei der gemeinsamen Steigerung der Profite. . Für ihre Abnehmer sieht das dann zB so aus - in der Zementindustrie , die besonders viel schweres Heizöl verbraucht, wird eine Tonne Zement um rund 3DM teurer. SZ 21.8.

Transport

Auch der Bundesverband des deutschen Güterfernverkehrs hat eine Erhöhung der Tarife angekündigt - um seinerseits wieder die ihn betreffenden Preiserhöhungen bei Fahrzeugen, Reifen, Kraftstoff usw weiterzugeben... WELT 21.8.

Konjunktur in NRW

In NRW hat sich die "Konjunktur stärker abgekühlt" als im übrigen Ruhrgebiet. Nach Angaben der gemeinsamen statistischen Stelle der nordrhein-westfälishen Industrie- und Handelskammern in Dortmund war der Auftragseingang der Industrie ohne Bergbau und Bauindustrie in NRW im Juni um 0.3% niedriger als im Juni 69. im Bundesgebiet hingegen stieg er um 10,6%. In der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie wies NRW einen um 4,4% verminderten Auftragseingang aus, im Bund stieg er um 9,9%. WEstfalenpost 19.8

Luftverschmutzung

Die Kapitalisten verpesten immer mehr die Luft, indem sie in große Werke, die sie bauen lassen, keine Luftfilterungsanlagen einbauen lassen. Das ist ihnen zu teuer und "lohnt" sich kurzfristig nicht. Nur auf massiven Protest der Bevölkerung sind sie bereit, etwas zu tun, da sonst einige Städte unter dem Druck der Bevölkerung ihnen keine Baugenehmigung erteilen würden.

Hoesch will gemeinsam mit Hoogovens an der Holländischen Küste bei Rotterdem ein großes Stahlwerk bauen. Damit wollen sie den günstigen Standort an der Küste ausnutzen, um ihre Profite zu steigern. Doch haben sich in Rotterdam Gruppen der Bevölkerung gebildet, die sich gegen den Bau in Rotterdam aussprechen, da die Luft und die ganze Gegend dann dort noch schmutziger werden. Schon heute gibt es in Hafennnähe von Rotterdam 40 Firmen, die dort großen Dreck verbreiten, ohne sich groß darum zu kümmern. Vor allem bei Sonnenschein und Windstille erreicht der Schwefeldioxyd immer die Alrmstufe. Im Juli war dies allein fünfmal der Fall. WAZ 24.8.

Im Ruhrgebiet ist die Luft sowieso meist verpestet. Doch welche Ausmaße das annehmen kann, zeigt ein Bericht aus Castrop-Rauxel: In Castrop-Rauxel ist die Luftverschmutzung und der Gestank sowieso schlimmer als im übrigen Ruhrgebiet. Hier arbeiten nämlich zwei große Chemiebetriebe und zwei Zehcen mit Kokereien. Am Montag den 10.8. war es be-

sonders schlimm. Der Betriebsrat von Klöckner, was sofort neben Rütgers, einem Teervertungswerk liegt, sagte:"Bei dem leichten Regen am Morgen kamen derartig viele Abgase von den Rütgerswerken herunter, daß einem das Atmen schwer fiel, die Gesichtshaut brannte und die parkenden Autos beschädigt wurden". Ein anderer Arbeiter meinte zu der Sauerei:"Der herunterkommende Regen brannte wie Feuer. Ein Tropfen fiele mir ins Auge. Ich konnte nichts mehr sehen. Meine Sachen mußte ich in die Reinigung bringen, so stanken sie." Eine Kollegin:"Obwohl ich nur hundert Meter bis zu meinem Wagen hatte, sind meine Strümpfe durchlöchert worden. An den Gestank habe ich mich ja wohl oder übel gewöhnen müssen. Ich muß jeden Abend meine Kleider stundenlang zum Lüften raushängen."
Wenn es nichts kostet, sind die Herren Kapitalisten natürlich bereit, für ein bißchen mehr Sauberkeit zu sorgen. Doch wenn die Investitionen wie Luftfilter zu teuer werden, kommen sie gleich angerannt und jammern. Auch die FAZ meint, daß im Regelfall die Unternehmen, die den Dreck hervorrufen, selbst auch die Beseitigung des Drecks bezahlen soll. Doch wie sollen die Kapitalisten das bezahlen, die riesige Investitionen dazu machen müßten und deren Profite deshalb nicht mehr so groß wären. Sie wären der internationen Konkurrenz unterlegen, die nicht so hohe Kosten hat. Also ist es nach der Meinung der Bourgeoisie die Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, die privaten Haushalte mittels Steuern in gerechtem Umfang"an der Finanzierung der Filter ets zu beteiligen. Wenn man der Bevölkerung das Geld aus der Tasche gezogen hat, um die Maßnahmen gegen die Umweltverschmutzung für die Kapitalisten zu bezahlen, kann man dies dann auch wieder als einen großen Erfolg der Reformfreudigkeit feiern.
FAZ 18.8.

INTENSIVIERUNG DER AUSBEUTUNG

Die Zahl der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten war 1967 mit 1,8 Millionen angegeben.
Für 1970 wird damit gerechnet, daß die Zahl der Arbeitsunfälle um ein Drittel höher sein wird als vor drei Jahren. Die große Zahl der Unfälle wird hervorgerufen, durch verstärkte Arbeitshetze, zu der die Kapitalisten die Arbeiter zwingen, um die Aufträge erfüllen zu können. Diese Hetze führt dazu daß, die Arbeiter wichtige Sicherheitsvorschriften weglassen müssen, um das Soll, das die Kapitalisten ihnen setzen, erfüllen zu können. Gleichzeitig müssen die Kollegen Überstunden schinden.
RN 13.8.

DIE LAGE DER ARBEITERJUGEND VERBESSERN

Jugendarbeits"schutz"

Die Bundesregierung hat vor etwa drei Wochen angekündigt, sie werde etwas zur besseren Einhaltung des Jugendarbeitsschutzgesetzes (JASG) unternehmen. Sie straft sich selbst Lügen durch die Zustände in den bundeseigenen Betrieben:
Zum Beispiel im Saargummiwerk in Saarbrücken, einer Tochtergesellschaft der landes- und bundeseigenen Saarbergwerke AG, müssen Jugendliche zum TEil unter 16 Jahren im Akkord am Fließband arbeiten, Überstunden leisten und in Wechselschicht arbeiten. Die Jugendlichen haben bei 8 stündiger Arbeitszeit statt einer Stunden, wie das JASG vorschreibt, nur eine Viertel STunde Pause.
Wie wenig der kapitalistische Staat an der Einhaltung des JASG interessiert ist, zeigt auch die dünne Besetzung der Gewerbeaufsichtsämter, die die Betriebe kon' TRollieren solllten; die meisten Betriebe werden nur alle 5-10

Jahre einmal kontrolliert. Die Gewerkschaft schätzt, daß sich die jährliche Zahl der Verstöße nicht auf 50 000 (KND 22), sondern auf eine Million beläuft.

MEHR PROFITE - WENIGER KRANKENHÄUSER

Die SPD plant keinen Baustopp für die vom Land mitfinanzierten Krankenhäuser. Doch hat die SPD eine sehr"wirksame"Maßnahme sich gegen die Preistreiberei der Kapitalisten ausgedacht: Sie wird den Bau neuer Krankenhäuser einfach hinauszögern, wenn bei der Ausschreibung "uferlose Preissteigerungen" von den Kapitalisten betrieben werden. Das erklärte der Staatsekretär im Düsseldorfer Gesundheits- und Sozialministerium. Anfang der letzten Woche hat das Ministerium erstmals den Baubeginn für 2 Krankenhäuser gestoppt, die in Düren und Bonn-Duisdorf begonnen werden sollten. Nach Staatssekretär Bensch muß für Bauten, die 72 begonnen werden sollten, mit weiteren Einschränkungen gerechnet werden.
Die SPD kümmert sich einen Dreck um die Preistreibereien der Kapitalisten und die Folgen, noch weniger Krankenhäuser, trägt die Bevölkerung. WAK, WR 20.8.

SPD -SCHÜTZENDE HAND ÜBER DEN REVANCHISTEN

Die Streichung der Geldmittel für die Revanchistenveranstaltung in Westberlin haben die SPD-Bonzen an die große Glocke gehängt. Aber der Vertriebenenfunktionär Hupka darf weiter als SPD-Mitglied seine revanchistische Hetze verbreiten. Jetzt hat Hupka im Pressedienst der Landsmannschaft Schlesien wieder einen Hetzartikel losgelassen, den der Bayernkurier des F.J.Strauß in vollem Wortlaut veröffentlicht hat und auf dem Revanchistentreffen in Friedland am Wochenende hat er wiederum offen gegen die Souveränität der DDR und die übrigen osteuropäischen Staaten gehetzt.

In diesem Artikel heißt es zB: "Das kommunistische Gewaltregime über Mitteldeutschland ist eine gewaltsam geschaffene Tatsache, die kein freiheitlich denkender Deutscher anerkennen kann...Gewaltverzicht ist kein Rechtsverzicht.. Wer auf Gewalt verzichtet, hat sich damit noch lange nicht seiner freiheitlichen Rechte entäußert. Täte er das... paßte er sich der Gewalt an..."
Die SPD paßt sich dem revanchistischen Geschrei Hupkas an. Da ihre Ostpolitik auch nichts anderes ist als eine friedliche Eroberung im Dienst des Monopolkapitals, sieht sie wohl auch keinen Widerspruch in den Annexiosforderungen des SPD-MdB Hupka: So hat der SPD-Bundesvorstand die Anträge von mehreren Ortsgruppen auf ein Parteiausschlußverfahren Hupkas niedergeschlagen.(Bayernkurier 25.7.,22.8.); und SPD-Bundesgeschäftsführer Wischnewski sieht keinen Anlaß, an der Gesamtloyalität Hupkas gegenüber der SPD zu zweifeln (WELT,22.8.). Für die weitere Verbreitung seiner Hetze ist jedenfalls gesorgt: Der niedersächsische Landesverband des Bundes der Vertriebenen beschloß in Friedland eine Kundgebungswelle, während der 2o ausgesuchte Redner die von Hupka in Friedland umrissene Ablehnung des Moskauer Abkommens der Offentlichkeit erläutern sollen. (FAZ 24.8.)

DIE GESCHÄFTE DES WESTDEUTSCHEN MONOPOLKAPITALS IN DER UDSSR

Unsere Meldung, daß die Daimler-Benz AG den Auftrag für den Bau eines Lastkraftwagenwerks bekommen hat (KND 23),war etwas verfrüht. Daimler-Benz könnte dieses Projekt, das in einer Größenordnung von % Mrd DM liegt, gar nicht allein verwirklichen. Deshalb bemühen sich die Russen, ein internationales Konsortium zusammenzubringen, das auf dieses Riesengeschäft eingeht. Führend soll bei diesem Konsortium Daimler-Benz sein, beteiligt werden sollen außerdem die französische Renault, die holländische Daf und die

italienische Fiat. Den größten Anteil an der Beute mit ungefähr 2 Mrd Dm soll die BRD erhalten. Die Bundesregierung wird hierfür wahrscheinlich eine Bürgschaft für 1 Mrd Dm übernehmen. (Bisher war der größte Betrag, den sie als Bürgschaft übernommen hatte, bei einem einzelnen Projekt 500 Mio DM). Die Bundesregierung hat auch schon ihr Interesse an einem Kooperationsvertrag mit der SU bekundet.
Die günstigsten Bedingungen für das westdeutsche Monopolkapital bei diesem Geschäft herauszuholen, wird auch Aufgabe von Bundeswirtschaftsminiter Sohiller sein, wenn er Anfang September nac h Moskau fährt.

INTENSIVERE ZUSSAMMENARBEIT DER REVISIONISTISCHEN CLIQUEN UND DEN WESTDEUTSCHEN EXPANSIONISTEN

Die Moskauer Führer der KPdSU setzen ihre Politik der Zusammenarbeit mit den BRD-Expansionisten verstärkt fort:
Dazu haben sie alle Partei- und Regierungschefs der Länder des Warschauer Pakts nach Moskau betrommelt, um ihre Politik auch gegen die Letzten Widerstände durchzusetzen. Bei den meisten revisionistischen Cliquen der Länder, die selbst die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Imperialisten vorantreiben, fällt ihnen das nicht schwer.
Doch vor allem zwischen der Führung der KPdSU und der Führung der SED scheinen Widersprüche zu bestehen. Die DDR attackierte vor kurzen hart den Besuch des Fraktionsvorsitzenden der CDU Barzel in West-Berlin, als dieser am 13. August wieder gegen die DDR hetzte. Gerade in der Frage des Status von West-Berlin sind die Renegaten der KPdSU bereit, den Imperialisten die größten Zugeständnisse zu machen. Doch in dieser Frage nahm die DDR bisher einen harten Kurs ein, da sie nach wie vor West-Berlin als auf dem Territorium der DDR liegend. Auch bis vor einigen Tagen hat die DDR die Bundesregierung angegriffen, da auch diese Regierung nach wie vor versuche, Trotz aller "Friedensbeteuerungen" versuche, mit Hilfe der Bundeswehr den Status quo in Europa zu verändern und die "anderen sozialistischen Länder" in das kapitalistische System einzugliedern.
Alle letzten Widerständen, die sich in der Frage der Zusammenarbeit mit den Imperialisten noch bei einzelen Regierungen zeigen, unterdrücken die Revionisten mit ihrer Großmachtpolitik: Die Erklärung des Miniterrats der DDR zum Abschluß des Moskauer Vertrags wurde von den Renegaten in ihrer Hauspostille nur zensiert Wiedergegeben: Die Stelle, in der Ministerrrat die Anerkennung der DDR durch die SPD-Regierung als notwendige Konsequenz aus dem neuen Vertrag darstellte, wurde einfach weggelassen.
Nach dem Gipfeltreffen der Chefs der Parteien und der Regierungen in Moskau wurde ein Kommunique herausgegeben, das zeigen soll, daß es den verräter-ischen Führern voll und ganz gelungen ist, ihre verbrecherische Politik durchzusetzen. In der Erklärung werden alle Angriffe gegen die Politik der SPD, aber auch der gesamten BRD, unterlassen. West-Berlin als Stützpunkt des aggressiven Imperialismus in der DDR wird in Zukunft mit Zustimmung der SU als zugehörig zur BRD betrachtet werden. Die Revisionisten erkaufen sich das Wohlwollen der Imperialisten, indem sie die Interessen des deutschen Volkes, indem sie das Ansehen der DDR verraten. Die Forderung nach Anerkennung der DDR ist völlig fallengelassen worden. Für diesen Preis haben die Revisionisten das Wohlwollen der Imperialisten erkauft. So feiern die Zeitungen der westdeutschen Bourgeoisie das Kommunique als einen großen Erfolg über den Widerstand der SED gegen die "neue Westpolitik" der SU-Verbrecher.
Statt Anerkennung reden die Revisionisten jetzt von "aktiven zwischenstaatlichen Beziehungen", eine Formulierung, die genau

dem entspricht, was Brandt bei seinem zwiten Treffen mit Stoph in Kassel gesagt hatte.
Die Vertreter des aggressiven Monopolkapitals in der BRD jubilieren ob dieses Erfolges.
Der SPD-Pressedienst feiert das Kommunique als ein "bemerkenswertes Dokument". Er stellt mit Genugtuung fest, daß die BRD geschätzt wird als ein "kooperativer FAktor der europäischen Politik".

RESTAURIERUNG DES KAPITALISMUS IN POLEN

Die polnischen Revisionisten beschreiten immer mehr den Weg der Kapitalisierung der polnischen Writschaft:
Wie Prof. Pajestka, Stellvertretender Vorsitzender der Obersten Planungskommission, in einem längeren Gespräch mit dem Industriekurier mitteilte, wollen die polnischen Revisionisten die Wirtschaftsplanung mal wieder "reformieren."
Die Einzelbetriebe sollen sich stärker an der Rentabilität orientieren, wie dies die kapitalistische Wirtschaft im Westen auch tue. Das Ziel der Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse des polnischen Volkes und des weiteren Ausbaus des Sozialismus wird ersetzt durch das Ziel der größtmöglichen Effektivität. Damit die einzelnen Betriebe dieses Ziel möglichst gut erreichen, sollen sie sich "zunehmend in Arbeitsteilung mit den kapitalistischen Ländern arrangieren". Das Ziel der Selbstversorgung der polnischen Wirtschaft, das eine möglichst große Unabhängigkeit Polens von den imperialistischen Ländern zum Ziel hatte, soll noch stärker zurückgestellt werden hinter der größtmöglichen Effektivität. Damit verschachert die revisionistische Führungsclique die Souveränität des polnischen Volkes, um seine Existenz aus dem milden Gaben der westlichen Imperialisten und der russischen Sozialimperialisten zu fristen.
Die meisten industriellen Investitionen sollen nicht mehr zentral über den Plan bestimmt werden.
Die Investitionen sollen von den einzelnen Betrieben "durch eine intensivere Ausnutzung der vorhandenen Mittel" erwirtesc haftet werden, d.h. vor allem durch die stärkere Auspressung der menschlichen Arbeitskraft, also des polnischen Volkes.
Das Ziel der Effektivität soll auch erreicht werden durch die Wiedereinführung der kapitalistischen Konkurrenz: So soll die Arbeiterklasse wieder gespalten werden auf dem Wege der Wiedereinführung der "materiellen Anreize". Bei einem Anstieg der Betriebsgewinne sollen auch die Belegschaften davon "profitieren". "Rentabel" arbeitende Betriebe werden in Zukunft höhere Löhne zahlen als "unrentable". Die ARbeiter in den einzelnen Betrieben sollen wie im Kapitalismus in Konkurrenz um die besten Betriebe buhlen und sich gegenseitig ausspielen.
Konsequenterweise"soll den Betrieben auch ermöglicht werden, den Außenhandel in eigener Verantwortung zu führen. Das staatliche Außenhandelsmonopol als Grundlage des Aufbaus des Sozialismus ist damit von der revisionistischen Clique in Polen abgeschafft. Wenn ein spzialistsicher Staat so seine Unabhängigkeit verkauft und zu einem Anhängsel des Imperialismus und des SOzialimperialismus wird, muß dies unvermeidlich zur Restauration des Kapitalismus führen. So gibt es schon heute in Polen wieder Arbeits-lose, die Kennzeichen des kapitalistischen Wirtschaftssystems sind.
IK 18.7.

POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE KRISE DES KAPITALISMUS IN ITALIEN

Der Kapitalismus in Italien stürzt von einer Krise in die andere:
Das italienische Außenhandels-

defizit betrug im Juli 83 Mrd Lire gegenüber über einem Überschuß von 41 Mrd Lire im gleichen Vorjahresmonat.
Krediterleichterungen sollen die Kapitalisten bewegen, wieder mehr Geld zu investieren. Das hierzu benötigte Geld soll der Bevölkerung durch Steuerhöhungen aus der Tasche gezogen werden. Die Regierung erhofft sich durch zusätz iche Besteuerung von Autos, Tabak, Alkohol und Luxusartikel eine Mehreinahme von 1,5 Mrd DM.
Die Regierung wiederholt zum x-ten Mal ihre Versprechungen, die soziale Lage der Arbeiterklasse durch ein Sozialprogramm und Reformen des Sozialversicherungssystems und des sozialen Wohnungsbaus zu verbessern. In die Tat umgesetzt hat sie ihre großen Worte bisher noch nicht einmal in Ansätzen.
Gleichzeitg mehren sich die Anzeichen, daß die vor zwei Wochen notdürftig zusammengeflickte Koalition aus Sozialisten, Sozaildemokraten, Christlichen-Dmokraten und Republikanern blad wieder einmal zusammenbrechen wird. Die Sozialmemokraten haben den Sozialisten schon wieder vor geworfen, in einigen Regionen mit den Kommunisten zu paktieren, obwohl bei der Bildung der Koalition verabredet worden war, wenn möglich auch in den Landesteilen wie in Rom Mitte-Links-Koalitionen zu bilden.
Durch ihre Zusammenarbeit mit der Mitte-Links-Koaltition und der Anbiederung an die Sozialisten unterstützt dieKPI die weitere Ausplünderung des Volkes. Sie hat Funktionäre, die sich dieser verbrecherischen Politik widersetzen, wegen "Unwürdigkeit und Verrrat" ausgeschlossen. Diesem Ausschluß schloss sich ein Massenaustritt von etwa 600 Parteimitgliedern des Bezriks Salerno an. Sie machen der Parteiführung den Vorwurf, sie habe die KPI von einer revolutionären Partei zu einer zwischen Abenteurertum und parlamentarischer Kompromißbereitschaft hin und her schwankenden Partei des Opportunismus gemacht.

ANGRIFFE DER REAKTIONÄREN REGIERUNGEN AUF DIE ENGLSICHE ARBEITERKLASSE

Einen Angriff auf die englische Arbeiterklasse starten derzeit die englischen Kapitalisten und ihre Regierung.
Der Angriff erfolgt auf zwei Ebenen: Einerseits versuchen die Kapitalisten und ihre Organisationen. die Arbeiter und ihre Organisationen massiv einzuschüchtern, um für die kommenden Lohnverhandlungen Boden zu gewinnen. Andererseits versucht die Regierung, die Gewerkschaften politisch zu knebeln. indem sie eine Gesetzesvorlage durchbringen will, die u.a. bei beabsichtigten Lohnlämpfen der Arbeiterklasse diese zwingen soll, sich erst noch einmal mit den Kapitalisten an einen Tisch zu setzen. Weiter sollen"wilde" Streiks verbôten werden.
Gleichzeitig hat sich die wirtschaftliche Situation der englsichen Kapitalisten stark verschlechtert. Die Industrieproduktion ist gegenüber dem Vorjahr um 0,8% gesunken.Die Kapitalisten reagieren darauf mit Massenentlassungen und scharfen Preiserhöhungen.Zur Zeit sind in England 606 000 Arbeitslose (2,6%) registriert;das ist die höchste Quote seit über 30 Jahren.Die Preiserhöhungen allein im 1.Halbjahr 70 betrugen 4% (2.Halbjahr 69:2%)
Die englische Arbeiterklasse versucht den politischen Angriff mit den Mitteln ihrer syndikalen Aktionen aufzuhalten.Es ist zu erwarten daß der Gewerkschaftskongreß im September vorliegenden Anträgen auf einen politischen Streik gegen die Gewerkschatsgesetze zustimmen wird.
Die englischen Arbeiter und ihre Gewerkschaftsorganisationen versuchen, sich mit hilfe des Lohnkampfesund der Streiks zu wehren. Im ersten Halbjahr 70 gingen den englischen Kapitalisten durch Streiks 5 Mio Arbeitsstunden verloren. Gleichzeitig haben die Gewerkschaften neue Lohnforderungen angekündigt. Die Bergarbeiter fordern eine Erhöhung des garantier-

ten Mindestlohns um 33%. Die Kapitalisten und ihre Regierung reagieren darauf mit massiven DRohungen: Die Regierung kündigte an, sie werde Kapitalisten, die sich gegen "inflationäre Lohnforderungen" wehren, bedingungslos unterstützen. Gleichzeitig gab sie bekannt, sie werde an streikende Arbeiter keinerlei Sozialhilfe mehr zahlen. Das ist ein schwerer Schlag besonders gegen die Kinderreichen Familien, die von den geringen gewerkschaftlichen Streikgeldern kaum leben können.
In der englsichen Automobilindustrie sind rund 23 000 Arbeiter vorläufig entlassen worden, da mehrere Streiks in Zulieferer-betrieben die Produktion in den Autobetrieben lahmgelegt hatten. Seit zwei Wochen streiken die Arbeiter eines Zilieferer werks und fordern höhere Löhne, da ihre im Vergleich zur Stadt bedeutend niedriger sind. Als die Gewerkschaftsfunktionäre versuchten, sie von ihrem Streik abzubringen und ihre Kampffront aufsplittern wollten, wurden sie von den Arbeitern niedergeschrien.
Bei Standards Triumpf haben die Kollegen scharf dagegen protestiert, daß 2000 iherr Kollegen wegen "Beschäftigungsschwierigkeiten" vorübergehend entlassen worden sind.
Bei Chrysler in Linwood streiken 2000 Arbeiter ohne ihre Gewerkschaft; sie wehren sich hiermit gegen die zu hohen Akkordanforderungen.

Kommunistischer Nachrichtendienst der KPD/ML und des KJVD

463 Bochum, Bongardstraße 13
Tel. (02321) 12678

Verantwortlich:
Peter Weinfurth
43 Essen, Heerenstraße 40

Druck: Verlag der KPD/ML

KAMPF DER ZUSAMMENARBEIT DER REAKTIONÄRE IN JAPAN UND TAIWAN

Die VR China hat ihre Handelsverbindungen mit allen japanischen Firmen abgebrochen, die kürzlich an dem Treffen des Kommittes teilgenommen haben, das von den Reaktionären Japans und Taiwans zur Intesivierung der Zusammenarbeit gebildet wird. Auch die Verträge, die Japan mit der VR China seit der letzten Handelsmesse in Kanton abgeschlossen worden sind, fallen hierunter.

GENOSSEN, zahlt eure Abonnements an folgendes Konto:
Westfalenbank Bochum Kto Nr. 92 7120 Michael Schulte
Der KND kostet im Monat 4,-DM.
Er ist für jeden Monat am Monatsanfang zu zahlen.